

Krieg & Frieden

Eine Beilage der Tageszeitung **junge Welt** | Mittwoch, 28. August 2024, Nr. 200



Mit Gewalt gegen den Niedergang: Das US-Imperium verliert seine Dominanz und droht mit Eskalation (Teheran, 14.10.2023)
Diese Beilage ist überwiegend mit Szenen aus dem Gazastreifen bebildert

ROUZBEH FOULADI/ZUMA WIRE/IMAGO

Weltordnung im Wandel

Das US-Imperium forciert die gewaltsame Konfrontation mit aufstrebenden Ländern des Südens. Berlin steht fest an der Seite Washingtons. **Von Marc Bebenroth und Karim Natour**

»Kein schwierigerer Vormarsch
als der zurück zur Vernunft!«

Bert Brecht

(Gedichte aus dem *Messingkauf*, 1955)

Deutschland muss wieder »kriegstüchtig« sein. Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) hat damit im Juni offen verkündet, worauf Militärs, Rüstungslobbyisten und Bellizisten aller Art seit Jahren emsig hinarbeiten. Endlich wieder Großmacht sein, auch militärisch. Anders ließe sich, so die Kriegslüge, der Status quo nicht verteidigen und »der Russe« nicht abschrecken. Zur Bewahrung der »freiheitlichen Demokratie« vor »autokratischen Regimes« muss offenbar auch im Innern unliebsamer Widerspruch gegen den Aufrüstungskurs eingeeht werden.

Kanonen statt Butter: Auf diese Losung schrumpft der Konsens von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen sowie CDU/CSU zusammen. Für den nächsten großen Krieg kann nicht tief ge-

nug in die Staatskasse gegriffen werden; notfalls vergibt Pistorius' Ministerium auch Aufträge mit ungedeckten Checks. Hauptsache, die Rüstungsprofiteure haben volle Auftragsbücher. Derweil schmelzen den Normalsterblichen die Reallöhne dahin.

Global ist die Tendenz ebenfalls eindeutig. Die weltweiten Militärausgaben sind auf einem Höchststand. Das nukleare Arsenal wächst. Welche verheerenden Auswirkungen Krieg und Kriegsvorbereitung auf das globale Ökosystem haben, beschreibt Wolfgang Pomrehn in dieser Beilage. Dass natürlicher Reichtum wie Bodenschätze für Länder der Peripherie im Kapitalismus schnell zum Verhängnis werden kann, erklärt Tim Krüger anhand des Rohstoffkriegs im Kongo, der trotz hoher Opferzahlen medial wenig im Fokus steht. Wie sogenannte künstliche Intelligenz und andere Spitzentechnologien die Kriege der Zukunft verändern sollen, damit noch effizienter getötet werden kann, diskutiert Christian Heck. Dass die USA angesichts des eigenen Hegemonieverlusts die NATO mehr

und mehr in eine (kriegerische Großkonfrontation) mit China treiben, zeigt Jörg Kronauer auf.

Der NATO-Stellvertreterkrieg gegen Russland hat bereits Zehntausenden Ukrainern und Russen das Leben gekostet. Die transatlantische Partnerschaft wertet Berlin dabei zuweilen höher als die Interessen des deutschen Monopolkapitals, wie Lucas Zeise erläutert. Die Regierungen im globalen Süden sind aber nicht mehr länger bereit, sich dem Diktat des Nordens zu beugen. Die Parteinahme für die Ukraine hat sich in Grenzen gehalten. Durch verstärkte Kooperation untereinander versuchen die Länder des Südens, auf die globalen Spielregeln der Macht Einfluss zu nehmen, wie John P. Neelsen und Vijay Prashad jeweils aufzeigen.

In den Augen des globalen Südens dürften die westlichen imperialistischen Staaten mit ihrer skrupellosen Unterstützung Israels spätestens seit dem 7. Oktober 2023 den letzten Rest an diplomatischer oder gar moralischer Autorität verspielt haben. Die Regierung von Ministerprä-

sident Benjamin Netanjahu verübt nachweislich mit US-amerikanischen Bomben und deutscher Rückendeckung den wohl ersten live übertragenen Völkermord der Geschichte. Gemessen am Prozentsatz der getöteten Bevölkerung des Gazastreifens gehört der Konflikt bereits jetzt zu den tödlichsten des 21. Jahrhunderts. Im Namen des Kampfs gegen »Terroristen« werden dort – wie in früheren Kolonialkriegen – tatsächlich überproportional Zivilisten ermordet.

Da knapp die Hälfte der mehr als zwei Millionen Bewohner minderjährig ist, ist Gaza vom größten Freiluftgefängnis der Welt zu einem Massengrab für Kinder geworden. Der blutigen Rache des israelischen Militärs für den Angriff der Hamas vom 7. Oktober fielen bisher mehr als 17.000 Minderjährige zum Opfer. Den Kindern Gazas, die ihr Leben lang keine Freiheit gekannt haben, täglich unvorstellbares Leid erleiden und, sofern sie überleben, für immer an den Folgen dieses Blutvergießens leiden werden, ist diese Beilage gewidmet.

Regelbasierter Wirtschaftskrieg

Durch Sanktionen gegen Russland hat die BRD einen strategischen Vorteil in der kapitalistischen Konkurrenz verloren. **Von Lucas Zeise**

Lucas Zeise ist Finanzjournalist in Frankfurt am Main und schreibt für *junge Welt* über die Finanzmärkte und Nationalökonomie

Wirtschaftskrieg ist unter imperialistischen Mächten die Regel. Er ist ein Machtmittel der Stärkeren gegen die Schwächeren. Die Regeln der kapitalistischen Weltordnung werden von den Starken gemacht. Sie können unbotmäßige Staaten von der Gnade des freien Waren- und Kapitalverkehrs ausschließen oder sie wieder zulassen. Ein Wirtschaftskrieg ist für die Starken in der Regel weniger kostspielig und risikoreich als ein militärischer Krieg. Für die von Wirtschaftskrieg betroffenen schwachen Staaten sind die Folgen verheerend. Es grenzt an ein Wunder, dass das seit mehr als 60 Jahren mit Wirtschaftskrieg überzogene sozialistische Kuba noch überlebt.

Seit der Jahrtausendwende sind die von der Weltmacht USA beschlossenen Wirtschaftskriege zahlreicher geworden. Irak, Venezuela, Iran, Libyen, Jemen, Syrien sind nur die spektakulärsten Beispiele. Auffällig ist auch, dass Wirtschaftskriege gegen unbotmäßige Nationen sich zunehmend gegen die erklärten Interessen der mit den USA verbündeten Staaten und ihrer Kapitalistenklassen richten. Der Wirtschaftskrieg gegen den Iran ist dafür ein eindrucksvolles Beispiel. Er schadete neben der Islamischen Republik selbst vor allem den westeuropäischen Staaten und wurde auf offener politischer Bühne gegen die Regierungen Frankreichs, Deutschlands und sogar Großbritanniens durchgesetzt. Der Wirtschaftskrieg gegen Russland ist in dieser Hinsicht noch bedeutender. Er schadet direkt und unmittelbar dem deutschen Monopolkapital. Deutschland wird dadurch deindustrialisiert, interpretieren auch die Fans dieses Krieges seine Wirkung. Die Sache wird nicht harmloser, wenn man daran erinnert, dass vor einem Jahrzehnt die deutsche Regierung einen – erfolgreichen – Wirtschaftskrieg gegen Griechenland geführt hat.

Manchmal ist ein kurzer Blick zurück ganz nützlich. Im Juni 2017 billigte der US-Senat ein Gesetz, das der Regierung in Washington jederzeit die Möglichkeit gab, gegen Unternehmen vorzugehen, die Energiegeschäfte mit Russland betreiben. Explizit bezog sich der Senat dabei auf die zweite Pipeline der Gesellschaft Nord Stream, die russisches Erdgas durch die Ostsee und, was der Zweck der Übung war, an Polen und der Ukraine vorbei nach Deutschland liefern sollte. Damals neu war einerseits das explizite Vorgehen des US-Senats, der die Sanktionsmöglichkeiten bei nur zwei Ge-



Ein Kubaner arbeitet an einem Wandgemälde zur Feier des 84. Geburtstags von Fidel Castro (Havanna, 13.8.2010)

genstimmen verabschiedete. Die Bundesregierung beschwerte sich laut über diese Maßnahme.

Zunächst erhob der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) in einer gemeinsamen Stellungnahme mit dem österreichischen Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) den Vorwurf, dass Teile der geplanten Strafmaßnahmen des Senats »völkerrechtswidrig« seien. Die deutsch-österreichische Empörung richtete sich gegen »die Drohung mit völkerrechtswidrigen extraterritorialen Sanktionen gegen europäische Unternehmen, die sich am Ausbau der europäischen Energieversorgung beteiligen«. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) unterstützte explizit Gabriels Position und ließ mitteilen, dass sie die Aktion »befremdlich« finde. Es sei ein »eigenwilliges Vorgehen des US-Senats«. Gabriel und Kern wiesen in ihrer Erklärung darauf hin, dass es dem US-Senat um »den Verkauf amerikanischen Flüssiggases und die Verdrängung russischer Erdgaslieferungen vom europäischen Markt« gehe.

Wie recht die beiden damals hatten! Damals war Donald Trump neu im Amt des US-Präsidenten. Kern und Merkel sind pensioniert, der gelenkige Gabriel ist Vorsitzender der »Atlantikbrücke«, die da

zu da ist, die Entscheidungen der USA in Deutschland populär zu machen. Heute ist der Verkauf des teuren US-Frackinggases nach Europa auf Jahre hinaus gesichert. Nord Stream I und II sind kaputt. Ihre Zerstörung wird als Teil der neuen regelbasierten Weltordnung gepriesen. Doch wie kommt es, dass die deutschen Kapitalisten den Nachteil durch den Wirtschaftskrieg mit Russland hinnehmen? Durch den Einfuhrstopp russischen Erdgases in die EU ist dem größten Abnehmer Deutschland ein strategischer Vorteil im Konkurrenzverhältnis zu anderen kapitalistischen Ländern verlorengegangen.

Zuverlässige und billige Energie für Deutschland ist ein alter Streitpunkt zwischen Nachkriegswestdeutschland und den USA. Die erste Rednerschlacht im Bonner Bundestag über diese Frage gab es 1958. CDU-Kanzler Konrad Adenauer machte dem mit dem Hinweis ein Ende, dass gegen den erklärten Willen der »Schutzmacht« für das deutsche Kapital nichts zu gewinnen sei. Erst als in den 60er Jahren der Wind der Entspannungspolitik aus den USA herüberwehte, konnte das Gas- gegen Röhrengeschäft mit der Sowjetunion entwickelt und in den 70er Jahren realisiert werden.

Der auf lange Frist angelegte Deal mit

der Sowjetunion, später nur Russland, war seitdem ein vom deutschen Kapital gepriesener Eckpfeiler deutscher Außen- und Wirtschaftspolitik. Aber die US-Politik änderte sich. Seit 2005 begann in den USA die Öl- und Gasförderung mittels Frackingverfahren in großem Stil. 2011 lösten die USA Russland als weltweit größten Gasproduzenten und 2018 Saudi-Arabien als größten Ölproduzenten ab. Seit 2019 exportieren die USA mehr Öl als sie importieren.

Man sollte eher formulieren: US-Regierungen verstehen einen hohen Ölpreis mittlerweile mehr als Vor- denn als Nachteil. Noch mehr gilt das für den europäischen Gaspreis. Dass es billiges Gas aus Russland für die EU, vor allem aber für Deutschland nicht mehr geben darf, haben US-Regierungen und beide Häuser des US-Parlaments parteiübergreifend in den vergangenen Jahren immer wieder formuliert.

Deutsche Regierungen vor Olaf Scholz haben sich gegen diese Zumutung im Interesse des deutschen Kapitals gewehrt. Nun ist diese Zumutung Realität. Die heimischen Kapitalisten murren zwar, aber sie beugen sich. Man kann nur vermuten, dass sie kalkulieren, diese Auseinandersetzung mit dem starken Freund im Westen nicht gewinnen zu können.

Krieg & Frieden
erscheint als Beilage der
Tageszeitung *junge Welt*
im Verlag 8. Mai GmbH,
Torstr. 6, 10119 Berlin.

Redaktion:
Marc Bebenroth (V.i.S.d.P.),
Karim Natour
Anzeigen:
Elisabeth Nolte
Bildredaktion:
Anna Jörke
Layout:
Irene Hofmann

Am Mittwoch,
18. September, erscheint
das *jW*-Spezial
Kampf ums Klima

GegenStandpunkt 3-2024

Die Ukraine wird von den russischen Streitkräften zunehmend zerstört; ihre Armee hält dem russischen Druck an der weitgespannten Front immer weniger stand. Das liegt nach dem Urteil nicht nur der ukrainischen Staats- und Militärführung, sondern auch der westlichen Fachwelt einerseits daran, dass das ukrainische Menschenmaterial im Kräfteressen mit der russischen Seite tendenziell zur Neige geht. Sodass man sich abermals mit der zynischen Sachlichkeit vertraut machen darf, mit der Staaten auf ihre Völker blicken: Größe und demografische Unterteilung der ukrainischen und russischen Bevölkerungen werden locker in die kurz-, mittel- und langfristige Tiefe des jeweiligen Pools an menschlichem Kriegsmaterial umgerechnet; das Resultat wird durchaus als bedrückend empfunden – vor allem wegen des überdeutlichen Ungleichgewichts. Andererseits und in erster Linie werden die fortgeschrittene Zerstörung des Landes und die Dezimierung der ukrainischen Armee auf den mangelnden Nachschub an Waffen aus den Nato-Ländern zurückgeführt. Erstens gebe es von ihnen viel zu wenig, zweitens seien ihre Einsatzmöglichkeiten viel zu beschränkt. Dafür, dass die Ukraine sie nicht nach eigenem Ermessen, sondern nur nach den Vorgaben der Sponsoren gebrauchen darf, hat sich unter den enttäuschten Experten die Sprachregelung eingebürgert, man würde die Ukraine dazu zwingen, „mit einem Arm hinter dem Rücken gebunden“ zu kämpfen. Das wird als entscheidender Grund dafür verbucht, dass der Verschleiß an menschlichen und materiellen Ressourcen auf ukrainischer Seite so gravierend ist; er sei zu hoch und dauere zu lange an. Damit gerät zwar nicht der Westen selbst in die Krise, wohl aber die Art und Weise, wie er den Krieg bislang

definiert hat: als großangelegte Hilfsaktion für das überfallene ukrainische Opfer, die so lange fortgesetzt wird, bis der russische Aggressor die Schlacht verloren gibt und sich zurückzieht.

Dieser Kriegsstandpunkt des Westens ist nicht nur verlogen. Er ist zugleich ernst gemeint: Der antirussische Krieg wird so eingerichtet, dass er auf die Ukraine als Schauplatz beschränkt stattfindet, die Nato nicht als direkt kriegführender Feind aktiv wird. Verlogen ist er, weil es dem amerikanischen geführten, brutal hilfsbereiten westlichen Sponsorenkollektiv von Anfang an und bei aller fortgesetzten Berufung auf russische Verbrechen gegen die Ukraine erklärtermaßen um *sich* geht – darum, worin es sich angegriffen sieht, wenn Russland die Ukraine angreift: nicht als souveräne Herrscher über ihre eigenen Territorien, dennoch existenziell. Denn nur als Hüter einer Ordnung, die *alle* staatlich regierten Territorien umspannt, fühlen sich diese Staaten sicher. Die Intaktheit besagter Ordnung bemisst sich insofern daran, ob und inwieweit der globale Kontrollanspruch respektiert wird, den sie auf den Gebrauch militärischer Gewalt – auch auf den Besitz kriegerischer Gewaltmittel – erheben; eine Frage, die konsequenterweise dem Urteil der maßgeblichen Hüter selbst unterliegt. Nach derzeitiger Beschlusslage erfordert die Wiederherstellung ihrer Weltfriedensordnung, dass Russland die Fähigkeit nachhaltig genommen wird, die monopolisierte Verfügungsmacht des Westens über den globalen Gewalthaushalt substantiell anzufechten; es gehört in diesem grundsätzlichen Sinne, als autonome Weltmacht, unschädlich gemacht, also endgültig zum Objekt der eigenen degradiert. *Dazu* verhilft sich der Westen, wenn er der Ukraine hilft.

GEGENSTANDPUNKT 3-24 erscheint am 20. September. Die Zeitschrift kann unter www.gegenstandpunkt.com abonniert werden. (Jahresabo Print: 60 Euro)

Mit der Implosion der Sowjetunion und Auflösung des Warschauer Paktes Anfang der 1990er Jahre schien eine neue Zeit anzubrechen. Systemkonflikt, Bipolarität und Hochrüstung gehörten der Vergangenheit an; den zentralen Menschheitsproblemen von Frieden, Umwelt, Unterentwicklung und Ungleichheit wollte man sich annehmen. Die herrschenden Eliten im Westen, insbesondere den USA, sahen sich jedoch als Sieger, bestimmt zur dauerhaften geopolitischen Hegemonie. Die weltweite Übernahme neoliberaler marktwirtschaftlicher Prinzipien versprach diesem Ziel zunächst ökonomischen, dann politischen Erfolg. Führte die freie Marktwirtschaft – so die Überzeugung – doch am Ende systemisch notwendig zu bürgerlichen Demokratie, die sich zudem als Juniorpartner in das kapitalistische Weltssystem eingliedern würden.

Es waren Illusionen: Die neoliberale Globalisierung zog eine Dominanz des monopolistischen Finanzkapitals nach sich, die mit erhöhtem Krisenpotential und verschärfter nationaler wie internationaler Ungleichheit bei Herausbildung einer kosmopolitischen Klasse – jedoch ohne Auflösung des Nationalstaats – einherging. Von Deindustrialisierung in den kapitalistischen Metropolen begleitet, haben ausländische Kapitalinvestitionen und internationale Wertschöpfungsketten entscheidend zum wirtschaftlichen Aufstieg der Schwellenländer des globalen Südens, vor allem Chinas, später Indiens, beigetragen.

Periode der Unsicherheit

Verschärft durch kostspielige militärische Interventionen haben sich die geopolitischen Kräfteverhältnisse zu Lasten US-amerikanischer Unipolarität zu einem multipolaren System zu ändern begonnen. Gleichzeitig verlagert sich das Gravitationszentrum vom Atlantik zum Indopazifik und damit die Hauptkonfliktachse von Ost-West nach Nord-Süd. Eine historische Zäsur: Der Anfang vom Ende der 500jährigen, auf (Neo-)Kolonialismus und Zerstörung, Rassismus und Ausbeutung gegründeten westlichen Vorherrschaft. Unmittelbar betrifft das die vom Westen dominierte Nachkriegsordnung, ihre Institutionen und Funktionsweise. Dabei sind die Konturen einer Neuordnung bzw. alternative Institutionen erst in Ansätzen erkennbar. Eine Periode der Ungewissheit und Unsicherheit, vermehrter Risiken und Konflikte hat begonnen, die durch Atomwaffen sowie umweltzerstörerische Produktions- und Lebensweisen weiter verschärft wird. Denn die USA und der Westen sind nicht bereit, ihren Niedergang kampfflos hinzunehmen. Im Gegenteil. Geschart um ihre Führungsmacht versuchen sie mit buchstäblich allen, auch kriegerischen Mitteln, dies zu verhindern.

Der kollektive Westen (d. h. im Kern die 1,2 Milliarden Menschen in Nordamerika, Westeuropa, Japan, Australien und Neuseeland) repräsentiert im globalen Vergleich nach wie vor eine privilegierte Minderheit von knapp 15 Prozent der Weltbevölkerung (8,2 Milliarden Menschen). Gleichwohl ist der Anteil seiner sieben größten Industrieländer (G7) am Weltsozialprodukt von 66 Prozent im Jahr 1990 auf 43 Prozent im Jahr 2023 gesunken, nach Kaufkraft gar unter 30 Prozent, mit der Folge von Bedeutungs- und Einflussverlust. Demgegenüber stieg allein Chinas Anteil von zwei Prozent auf mit der EU vergleichbare 17 Prozent. Zusammen haben die BRICS vor ihrer Expansion, d. h. Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, 45 Prozent der Weltbevölkerung, 35 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung vertreten sowie 25 Prozent aller Ausfuhren, die weniger zwischen Nord-Süd als innerhalb des Südens getätigt



Spielen in zerbombten Häusern: Zwei palästinensische Kinder in Gaza-Stadt (10.6.2023)

Aufbruch des globalen Südens

Eine Bestandsaufnahme zur aktuellen geopolitischen Zeitenwende. **Von John P. Neelsen**

werden. Dies ist erst der Anfang. Angesichts weit höherer Wachstumsraten sowie der jüngsten Aufnahme Ägyptens und Äthiopiens, zudem der Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabiens und des Iran mit ihren reichen Energievorkommen haben die erweiterten BRICS plus weiter an geopolitischer und geökonomischer Bedeutung gewonnen.

Antiwestlicher Game-Changer

Deswegen fordern die BRICS plus eine Revision der internationalen Organisationen: UNO-Sicherheitsrat, Internationaler Währungsfonds und Weltbank sollen demokratisiert, in ihrer Zusammensetzung repräsentativer werden. Alternativ zu deren Funktionsweise entsprechend Stockholder-Prinzip und neoliberaler Strukturpassung wird in der New Development Bank und dem Contingency Reserve Arrangement der BRICS plus eine egalitäre, nationale Souveränität respektierende »Win-Win-Konzeption« internationaler Beziehungen praktiziert. Sie werden entsprechend UN-Charta und Völkerrecht als oberster Richtschnur durch Nichtintervention, Selbstbestimmungsrecht, Anerkennung kultureller Verschiedenheit, friedliche Koexistenz und Konfliktregelung ergänzt.

Blockbildung und Verteidigungsallianzen werden wegen ihres inhärent konfrontativen Charakters abgelehnt, Plattformen privilegiert. Diese erlauben trotz ausgeprägter Heterogenität und interner konfliktueller Beziehungen, wie zum Beispiel zwischen Indien und China, die Bündelung gemeinsamer, von (Neo-)

Kolonialismus, Intervention und Machtmissbrauch geprägter Interessen. Eine Zukunft gemeinsamer nachhaltiger Entwicklung in einer multipolaren multikulturellen Ordnung bestimmen Weg und Ziel.

Der Westen mit weltweiten Militärbündnissen und universalistischem Vorbildanspruch als »Vorkämpfer von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten« ist herausgefordert. Seine »regelbasierte Ordnung« bedeutet nicht völkerrechtskonform; Menschenrechte sind mehr als individuelle Freiheitsrechte, bürgerliche Demokratie ist selbst eine Form von Herrschaft, die zudem krisenanfällig und wegen ihrer globalen Problemlösungsfähigkeit fragwürdig ist. Die westliche Politik ist weniger von Werten als von partikularen Machtinteressen – häufig unter Missachtung des Völkerrechts – geleitet, wie die Interventionen in Jugoslawien, Irak oder Libyen illustrieren.

Die aktuellen Konflikte in der Ukraine und insbesondere Gaza erwiesen sich wegen ihrer einseitigen, dazu militärischen Parteinahme als antiwestliche »Game-Changer«. Angeheizt durch die Politik des wirtschaftlichen Derisking, illegaler Sanktionen und Instrumentalisierung des Dollars wurde eine Frontbildung der »autoritären Regimes« mit De-Dollarisierung im bilateralen Handel durch den Westen beschleunigt. Die BRICS und die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) mit Russland, China und Indien im Zentrum wurden u. a. um den Iran erweitert; Dutzende weiterer Kandidaten des globalen Südens haben Mitgliedsanträge gestellt.

Das Zeitfenster dauerhaft umfassender Vorherrschaft schließt sich. Bleibt die Strategie militärischer Überlegenheit. Auf sie und konfrontative Blockbildung setzen die USA und ihre Vasallen im kollektiven Westen. Die NATO, nunmehr auch zum Pazifik ausgerichtet, führt mit 55 Prozent (SIPRI), wenn nicht gar 74 Prozent (Tricontinental Institute for Social Research), die weltweit explodierenden unproduktiven Militärausgaben an – auf Kosten von Kooperation, Umweltschutz und nachhaltiger Entwicklung. Ob langfristig erfolgreich, ist zweifelhaft, auf keinen Fall wünschenswert.

Prof. Dr. John P. Neelsen ist ehemaliger Hochschullehrer am Institut für Soziologie der Universität Tübingen und Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg Stiftung. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Politische Ökonomie, Entwicklungssoziologie und Nord-Süd-Beziehungen

ANZEIGE

Die Waffen nieder!

Bundesweite Friedensdemo
3. Oktober 2024, ab 14:00 Uhr
Platz des 18. März (Brandenburger Tor)

gesine-loetzsch.de

Die Linke
Gesine Löttsch



Hoffen auf Frieden: Palästinenser arbeitet an einem Wandgemälde vor dem Beginn des muslimischen Eid-Al-Adha-Festes im Flüchtlingscamp Shati (Gaza-Stadt, 26.6.2023)

Eine neue Stimmung

Westliche Führungsmächte halten an Unipolarität fest. Verlagerung des ökonomischen Gravitationszentrums schuf in Asien neues Selbstvertrauen. **Von Vijay Prashad**

Vijay Prashad ist Historiker und Journalist. Er leitet das Tricontinental-Institut für Sozialforschung und veröffentlichte zuletzt den Band »On Cuba« mit dem Linguisten Noam Chomsky sowie unter anderem »Washington Bullets: A History of the CIA, Coups and Assassinations« und »Red Star Over the Third World«

**Übersetzung aus dem Englischen:
Marc Bebenroth**

Als die Sowjetunion zusammenbrach, beschlossen die Führer der Vereinigten Staaten, dass dies ein guter Zeitpunkt sei, um ihre weltweite Vorherrschaft zu errichten. Die meisten Länder des globalen Südens – die bereits unter der Last der Schuldenkrise der sogenannten dritten Welt litten – hatten nicht die Kraft, sich der neuen Vision der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten entgegenzustellen. Die USA bezeichneten die wenigen Länder, die Washingtons Hegemonie nicht akzeptierten – wie Kuba, Iran und Nordkorea – als »Schurkenstaaten« und setzten jedes Instrument in ihrem Arsenal ein, einschließlich unilateraler Sanktionen, um deren Ungehorsam zu verhindern.

Noch bevor die UdSSR vollständig zusammengebrochen war, formulierten die USA ihre Antwort auf diese neue Weltordnung: Krieg gegen Panama (1989) und Irak (1991); diese Kriegssituation eskalierte in den 1990er Jahren. Gleichzeitig trieben die USA über die neu gegründete Welthandelsorganisation (WTO, 1994) eine Agenda voran, um die gesamte Welt in das vom US-Finanzministerium und den multinationalen Konzernen entwickelte Wirtschaftssystem einzubinden. Dies war das Arsenal der Unipolarität, mit den Vereinigten Staaten im Zentrum des Systems. Die Geschichte war zu Ende, und die USA waren ihr Endprodukt.

Neue Formen des Widerstands

Aber nichts funktioniert so. Durch die Globalisierung waren Länder in aller Welt gezwungen, Austeritätsprogramme zu entwickeln, die tiefe Einschnitte in die staatlichen Ausgaben für Gesundheit und Bildung sowie für den öffentlichen Nahverkehr bedeuteten. Eine Reihe von »IWF-Aufständen« brach aus, vor allem im globalen Süden, wobei der kraftvollste 1989 in Caracas, Venezuela, stattfand – der »Caracazo«. Die Völker der Welt – verunsichert durch den Zusammenbruch der UdSSR und das Aufkommen der unipolaren Haltung der Vereinigten Staaten – entwickelten neue Formen des Widerstands, mit großen Mobilisierungen und gewalttätigen Aufständen, die sich auf allen Kontinenten entfalteten. Diese Rebellionen, die in den 1990er und 2000er Jahren stattfanden, wurden als Antiglobalisierungsproteste bezeichnet. Aber sie waren nicht wirklich gegen die Globalisierung gerichtet, sondern gegen die Unipolarität. Niemand wollte den Herren in Washington gehorsam sein.

Es war schwer, die Entstehung einer alternativen Agenda vorherzusehen. Der Wahlsieg von Hugo Chávez im Jahr 1998 und sein bemerkenswerter Vorstoß für eine Bolivarische Revolution in Venezuela ließ die ganze Welt erzittern. Alle fragten sich: Wo ist der arabische Chávez, der indische Chávez oder der afrikanische Chávez? Könnten wir alle in der Lage sein, eine ähnliche Agenda voranzutreiben wie die, die den Menschen in Lateinamerika vorgelegt wurde? Diese neue bolivarianische Agenda brachte eine neue Hoffnung, weshalb Chávez im globalen Süden so schnell geliebt wurde. Sein revolutionärer Optimismus brachte Hoffnung in Gegenden, die sich von der Welt verlassen fühlten. Gegenden, die schon als »Opferzonen« galten, die den Göttern des Kapitals geopfert worden waren. Und dann kommt dieser Mann aus dem globalen Süden, ein Mann mit Vorfahren unter den Indigenen Amerikas und den Afrikanern, die als Sklaven nach Amerika kamen, ein Mann – so hieß es – wie wir. Wenn er es kann, können wir es auch.

Die Auswirkungen von Chávez und der Bolivarischen Revolution waren immens, aber sie konnten allein nichts bewegen, weil die materiellen Voraussetzungen für eine Verschiebung der Machtverhältnisse einfach noch nicht gegeben waren. Die Finanzkrise von 2007 und die anschließende dritte große Depression, in der wir uns nach wie vor befinden, sowie die Niederlagen der USA in Afghanistan und im Irak haben gezeigt, dass die USA nicht unfehlbar sind. Sie haben sogar die Zerbrechlichkeit der US-Macht gezeigt.

Gleichzeitig hat der Export von Produktionskapazitäten im Zuge der Globalisierung vor allem in Asien Regionen mit sehr hohen Wachstumsraten geschaffen, allen voran China. Als sich das Gravita-

tionszentrum der Weltwirtschaft aus dem Atlantikraum nach Asien verlagerte, entstand in den größeren Ländern des globalen Südens neues Selbstvertrauen. Es war dieses Selbstvertrauen und das Versagen des Westens, die Situation der großen Depression in den Griff zu bekommen, das fünf große Länder 2009 dazu veranlasste, den BRICS-Block (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) zu bilden. Die Bildung der BRICS und die Schaffung von Chinas Belt-and-Road-Initiative im Jahr 2013 bildeten die materielle Grundlage für die Beendigung des US-Anspruchs auf Unipolarität.

Eine echte globale Demokratie

Aus dieser neuen Situation heraus entwickelte sich im globalen Süden eine neue Stimmung. Die Länder des Südens wollten nicht länger glauben, dass sie dem Norden untertan sein müssen. Sie wollten ihre eigenen nationalen Interessen durchsetzen und ihre eigenen Programme für ihre Bevölkerung entwickeln. Diese neue Stimmung ist Ausgangslage der Situation, mit der wir heute konfrontiert sind. Es handelt sich nicht um eine multipolare Welt, sondern um eine Welt, in der der globale Süden die unipolaren Ansprüche der USA ablehnt und etwas Neues aufbauen will.

Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten (Europa als Schlüsselfigur) sind nicht in der Lage, diese neue Stimmung zu verstehen. Sie glauben, dass ihr Monopol auf militärische Gewalt (auf sie entfallen 75 Prozent der jährlichen weltweiten Militärausgaben) ausreichen wird, um die Regierungen des Südens in die Schranken zu weisen. Es ist dieses Vertrauen in militärische Gewalt, das eine enorm gefährliche Situation in der Welt geschaffen hat, insbesondere der neue kalte Krieg gegen China und die Weigerung des Westens, Friedensverhandlungen um die Ukraine zuzulassen. Das Unvermögen, die neue Stimmung im Süden zu verstehen, führt zu einer dekadenten Sensibilität im Norden, wo die Führungsspitzen einfach nicht begreifen können, dass die alten kolonialen Gewohnheiten nicht länger toleriert werden und dass ihr Glaube an die Unipolarität einfach nicht akzeptiert werden kann.

Die Welt will eine echte globale Demokratie. Die neue Stimmung wird den alten Flaschen der Sicherheit und der Menschenrechte nicht dulden. Die Lehren aus den alten Hauptstädten des Kolonialismus sind abgestanden. Die atlantische Welt muss begreifen, dass sie nur ein Siebteil der Weltbevölkerung ausmacht. Sechs von sieben Menschen leben anderswo und wollen an der Gestaltung der Weltordnung teilhaben. Ihr Verlangen ist die neue Stimmung.

ANZEIGE

Edgar Radewald (Hg.)
Pluralität und Erkenntnis
Festschrift zu Thomas Metschers
90. Geburtstag

Thomas Metschers Denken ist kein Selbstzweck. Stets lotet es Handlungswege und -möglichkeiten aus, immer setzt es an bei der konkreten Praxis materiellen Seins. Ziel seiner Reflexionen ist es, der Selbstermächtigung des Subjekts, der Emanzipation und Befreiung des Menschen aus Verhältnissen, die Unterdrückung, Verkümmern und Leid hervorbringen, Vorschub zu leisten.

308 Seiten, 25 €, ISBN 978-3-946946-49-6

mangroven
ERLAG

Am Wolfskopf 30, 34130 Kassel
info@mangroven-verlag.de
www.mangroven-verlag.de
shop.mangroven-verlag.de

ANZEIGE

Verlag
Graswurzelrevolution

Beatrix Müller-Kampel (Hg.)
»Krieg ist der Mord auf Kommando«
Bürgerliche und anarchistische Friedenskonzepte.
Bertha von Suttner und Pierre Ramus

288 S. | 17,80 Euro | ISBN 3-9806353-7-6

Ist es nicht hoffnungslos utopisch, Krieg durch die Beseitigung von Kriegsursachen ganz verhindern zu wollen? Die prinzipielle Kritik des Krieges braucht die Erinnerung an pazifistische und antimilitaristische Traditionen, die aufs Ganze gingen. Deren Stärken, aber auch Grenzen neu zu diskutieren, ist aktuell notwendig, um gegen den Mord auf Kommando mobil zu machen.

www.graswurzel.net

Newsletter abonnieren



Palästina lebt weiter: Graffiti auf den Ruinen von Wohnhäusern in Deir Al-Balah (20.6.2023)

SAMEH RAHMI/NURPHOTO/IMAGO

Aufmarsch gegen den Machtverlust

China und Russland gefährden die globale Dominanz des Westens. Die NATO-Kriegsvorbereitungen laufen auf Hochtouren. **Von Jörg Kronauer**

Jörg Kronauer ist Journalist und regelmäßiger Autor in *junge Welt* sowie auf german-foreign-policy.com

In fünf Manövern um die Welt: Zwei Monate dauerte die Reise, die die deutsche Luftwaffe im Rahmen ihres Großmanövers »Pacific Skies« absolvierte und die sie alles in allem über drei Weltmeere auf vier Kontinente führte. Dabei nahm sie an fünf großen Kriegsübungen teil: »Arctic Defender« in Alaska; »Nippon Skies« in Japan; »Pitch Black« in Australien, »Rimpac 2024« auf Hawaii und »Tarang Shakti« in Indien. Das Ziel? »Stärke zeigen«, so schallt es einhellig aus Politik und Medien – Stärke vor allem gegenüber der Volksrepublik China, gegen die sich die neue Präsenz der Bundeswehr in der Asien-Pazifik-Region im Kern richtet.

Stärke demonstrieren soll auch die Tatsache, dass nicht nur die Luftwaffe in Zukunft regelmäßig zu Kriegsübungen etwa nach Japan, Australien und Indien entsandt wird, sondern auch die Deutsche Marine – aktuell die Fregatte »Baden-Württemberg« und der Einsatzgruppenversorger »Frankfurt am Main«, die sich ebenfalls auf einer von Manövern beglei-

teten Weltumrundung befinden –, zudem das Deutsche Heer, das im vergangenen Jahr in Australien den Krieg übte und dies im kommenden Jahr erneut tun wird. Deutschland geriert sich wie zu Kaisers Zeiten wieder als pazifische Macht.

Das ist noch nicht alles. Das zentrale Operationsgebiet der Bundeswehr sieht Berlin immer noch auf dem eigenen Kontinent, und das – wo sonst – im Osten. Auf einen dort zu führenden Krieg bereitet sich Deutschland seit Anfang 2020 im NATO-Rahmen verstärkt mit den »Defender«-Manövern vor – erst »Defender Europe«, dann »Air Defender«, zuletzt »Steadfast Defender«. Die Muster gleichen sich: Truppen aus den USA und Kanada, zum Teil auch aus Großbritannien, landen in norddeutschen Häfen und auf deutschen Flughäfen, marschieren über deutsches Territorium in Richtung Osten. Dort folgen Übungen, die erste Kampfhandlungen simulieren.

Die Manöverschauplätze reichen von Nordnorwegen über das Baltikum bis nach Rumänien. Geprüft werden Panzer-

schlachten, das Absetzen von Fallschirmjägern, Kämpfe der Infanterie, die Abwehr feindlicher Angriffe auf dem Boden und aus der Luft – alles, was ein direkter, nicht mehr per ukrainischem Stellvertreter geführter Krieg gegen Russland mit sich bringen dürfte. Für den Aufmarsch in Südosteuropa landeten US-Truppen bei früheren Manövern zudem etwa in Kroatien und in Griechenland. Mit Blick nicht zuletzt auf die »Defender«-Manöver hat Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) in der Vergangenheit erklärt, künftig müsse man »die Sprache der Stärke« verwenden.

Das gilt auch im Inland. »Steadfast Defender« machte zum wiederholten Mal klar: Der Krieg wird keineswegs bloß an der NATO-Ostflanke und im Pazifik, sondern auch auf deutschem Territorium vorbereitet. Denn zumindest für den Krieg im Osten ist die Bundesrepublik die Drehscheibe, über die Truppen und Material transportiert werden; sie muss

■ Fortsetzung auf Seite sechs

ANZEIGE

**Nein zur Aufrüstung:
Keine Stationierung
von US-Raketen in
Deutschland!**



**Wir müssen friedensfähig,
nicht kriegstüchtig, werden.
Fangen wir jetzt damit an!
Aktuelle Infos und Materialien
unter: ippnw.de/bit/raketen**

IPPNW – Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges e.V. • www.ippnw.de • kontakt@ippnw.de
Spenden: IPPNW, DE23 4306 0967 1159 3251 01, GENODEM1GLS

■ Fortsetzung von Seite fünf

deshalb zum einen umfangreiche logistische Aufgaben erfüllen, zum anderen wird sie – als zentrale Drehscheibe für den Nachschub – zur Zielscheibe feindlicher Attacken.

Weil nun aber die aktiven Soldaten der Bundeswehr in den Kämpfen an der Ostflanke gebraucht werden, sollen die logistischen Aktivitäten an der Heimatfront, sofern irgend möglich, von Reservisten übernommen werden, der Schutz kritischer Infrastruktur gegen Sabotage etwa. Im Rahmen von »Steadfast Defender« waren erstmals »Heimatschutzkräfte« an einem NATO-Manöver beteiligt – und darüber hinaus auch Zivilisten, etwa Mitarbeiter des Technischen Hilfswerks (THW). Der neue »Operationsplan Deutschland«, der im Frühjahr fertiggestellt wurde, sieht weitere Schritte zur Einbindung von Zivilisten in die Kriegführung an der Heimatfront vor. Das reicht von der Nutzung ziviler Infrastruktur, zum Beispiel der Bahn, für den militärischen Transport bis hin zur Versorgung durchreisender Truppen.

Manöver überall. Die Bundeswehr, genauer: die Herrschenden, die sie kommandieren, kennen kein Zurück. Russland hat mit dem Angriff auf die Ukraine die seit 1990 gültige Praxis in Frage gestellt, dass allein der Westen bestimmt, wie die staatlichen Verhältnisse in Europa geregelt werden. China hat mit seinem ökonomischen Wachstum und mit seinem damit verbundenen Machtzuwachs die globale Hegemonie des Westens relativiert. Will der Westen sein schwindendes Monopol bei der Gestaltung der Welt sichern, dann muss er einerseits Russlands Krieg gegen die Ukraine scheitern lassen, andererseits China ökonomisch und politisch zurückdrängen.

„Deshalb ist Kritik an der Aufrüstung, an dem Manöverboom nicht mehr erwünscht und wird nach Kräften unterbunden. Das bekommen sogar brave Sozialdemokraten zu spüren.“

Mit seinen Manövern droht er beiden, Moskau und Beijing, übt Druck auf sie aus und bereitet sich zugleich darauf vor, schlimmstenfalls – wenn Russland und China sich anders nicht stoppen lassen – die Frage, wer den Gang der Dinge in der Welt bestimmt, gewaltsam zu klären. Besonders wegen des immensen ökonomischen Potentials der Volksrepublik, das den Westen langfristig zur Zweitrangigkeit verurteilen könnte, geht es für die Eliten auf beiden Seiten des Nordatlantiks jetzt um alles.

Deshalb ist Kritik an der Aufrüstung, an dem Manöverboom nicht mehr erwünscht und wird nach Kräften unterbunden. Das bekommen sogar brave Sozialdemokraten wie Rolf Mützenich zu spüren. Mützenich wies Ende Juli im Hinblick auf die angekündigte Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland vorsichtig darauf hin, »die Gefahr einer unbeabsichtigten militärischen Eskalation« werde durch die Maßnahme »beträchtlich« erhöht; man dürfe »die Risiken dieser Stationierung nicht ausblenden«. Mützenich wurde schroff abgekanzelt. Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) etwa behauptete, »alles andere« als eine solche Stationierung »wäre nicht nur verantwortungslos, sondern auch naiv«.

Kurz zuvor hatte *Chrismon*, das Magazin der Evangelischen Kirche in Deutschland, dem Privatdozenten Frank Sauer von der Münchener Universität der Bundeswehr ein Interview eingeräumt. Sauer äußerte, das BSW und die AfD seien, da sie sich gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland stellten, »Desinformationsschleudern« und wollten, den Menschen »jetzt aus innenpolitischen Motiven unnötig Angst vor dem Atomtod einreden«.

ANZEIGEN

»Vor 25 Jahren beschrieb der US-Politikberater Zbigniew Brzezinski die Bedeutung der Ukraine für Russland. Sein Buch liest sich nun wie eine Prophezeiung.«

Matte Lehmling im Tagesspiegel (2 Tage vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022)



296 Seiten
20 Euro
ISBN 978-3-939816-97-3

Zbigniew Brzezinski
Die einzige Weltmacht

Amerikas Strategie der Vorherrschaft und der Kampf um Eurasien

Ende des 20. Jahrhunderts waren die Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die einzige noch verbliebene Supermacht auf der Erde. Und noch nie in der Geschichte der Menschheit hat eine Nation über so große politische, militärische und ökonomische Macht verfügt, um ihre Interessen global durchzusetzen. In seiner brillanten geostrategischen Analyse *Die einzige Weltmacht* legt Zbigniew Brzezinski dar, welche Strategie die USA verfolgen sollten, um ihre globale Vormachtstellung auch im 21. Jahrhundert zu bewahren.

www.nomen-verlag.de · Tel. 0 69 / 95 41 62 13



mandelbaum verlag

Was ist das eigentlich für ein Land, das da so leidenschaftlich, um jeden Preis, verteidigt wird? Geht es wirklich darum, »die europäische Freiheit zu verteidigen« – oder geht es nicht eher um ganz andere Interessen? Und nicht zuletzt: Was wären Ansatzpunkte antimilitaristischen Widerstandes gegen den Krieg?

Gerald Grünekle
NUR LUMPEN WERDEN ÜBERLEBEN
Die Ukraine, der Krieg und die antimilitaristische Perspektive
Euro 15,- | 166 Seiten | Format 12 x 17

Vor dem Hintergrund der aktuellen Konfliktdynamik diskutiert der Band politische, soziale, und ökologische Prozesse und Phänomene aus der Sicht der kritischen Friedensforschung.: von militärischen Interventionen und religiösen Akteur:innen über den Zusammenhang von Klimakrise und Krieg bis hin zur Friedensrelevanz von Kunst und Popkultur.

Josef Mühlbauer, Maximilian Lakitsch (Hg.)
KRITISCHE FRIEDENSFORSCHUNG
Konzepte, Analysen & Diagnosen
Euro 35,- | 528 Seiten | Format 13,5 x 21

www.mandelbaum.at

Josef Mühlbauer,
Maximilian Lakitsch (Hg.)
KRITISCHE FRIEDENSFORSCHUNG
Konzepte, Analysen & Diagnosen
mandelbaum verlag

LPG junge Welt eG

Am 29. Juni 2024 fand die 30. reguläre Vollversammlung der LPG junge Welt eG statt. Dieses Jubiläum haben wir zum Anlass genommen, eine Aktion zur Steigerung der Zahl unserer Mitglieder zu starten: **Wir wollen 3.000 Genossinnen und Genossen werden!**

Im Moment sind wir 2.900. Das ist eine Zahl, von der wir bei Gründung der Genossenschaft 1995 nur zu träumen wagten. Um die vor uns liegenden Aufgaben zu bewältigen, wird das aber nicht ausreichen. Denn aktuell steht die Tageszeitung *junge Welt* vor großen Herausforderungen. Dies sind zum einen wirtschaftliche, da die Bedingungen für eine Tageszeitung auf dem Markt immer schwieriger werden. Aber es sind auch politische: Mit der Einstufung der *junge Welt* als »links-extremistisch« schränkt der deutsche Verfassungsschutz die Möglichkeiten der Zeitung, für sich Werbung zu machen, aktiv ein. Unverhohlen wird damit gedroht, der *jw* »den Nährboden zu entziehen«. Um diesen Versuchen, die Pressefreiheit massiv einzuschränken, entgegenzutreten, müssen wir mehr werden.

Deshalb rufen wir alle Genossinnen und Genossen auf: Macht die Zeitung unter euren Freunden bekannt, werbt neue Mitglieder für unsere Genossenschaft. Denn ohne Genossenschaft keine *junge Welt*.

AKTION 3.000

Jetzt Mitherausgeber/in werden!
Wir suchen 249 100* neue Mitglieder für die Genossenschaft der jungen Welt

* Zur Zeit sind wir 2.900 Genossinnen und Genossen (Stand 20.8.2024)

Infos und Aufnahmeantrag unter jungewelt.de/genossenschaft · Kontakt: lpg@jungewelt.de · Tel.: 0 30/53 63 55-15

Mit der »Industrie 4.0«, dem »Web 4.0« und »Krieg 4.0« haben sich in den letzten Jahren Cyber-, Kriegs- und Sicherheitslogiken mit unserem zivilen Lebensalltag verwoben. Kommerzielle Sprachtechnologien à la Chat-GPT verschmelzen mit digitalen Führungssystemen des Militärs; Bildtechnologien wie Gesichtserkennungssoftware mit Assistenzsystemen für Kampfpiloten; Cloud-Dienste mit Zielerkennungs-, bzw. Identifikationssoftware und Big-Data-Logiken gestalten algorithmische Entscheidungsunterstützungssysteme zur »gezielten Tötung«.

Es entstand eine lukrative Zusammenarbeit von unterschiedlichsten Akteuren. Bei einem Forschungsprojekt der Bundeswehr namens »Ghostplay« z. B. arbeitet das Startup 21 Strategies mit dem Rüstungsunternehmen Hensoldt, dem Beratungsunternehmen Borchert und dem Defence AI Observatory (DAIO) der Helmut-Schmidt-Universität zusammen an einem Simulationssystem zur »KI«-basierten Entscheidungsfindung in Maschinengeschwindigkeit. »Ghostplay« soll Daten schneller auswerten und aufarbeiten können, so dass Soldaten mehr Zeit bekommen, »ethische und informierte Entscheidungen zu treffen« – so die militärische Vision von Gary Schaal, dem Leiter des Forschungsprojekts.

Aus eben jener technisch-militärischen Notwendigkeit, in »Maschinengeschwindigkeit« handeln zu müssen, ist der Trend zur Forschung an immer ausgefeilteren Technologien zur Mensch-Maschine-Interaktion rasant gestiegen. Im selben Moment ist die Hemmschwelle, sich bei multidomänen Operationen (MDO), also mehrere Bereiche übergreifenden Operationen, auf diese Systeme zu verlassen, aber auch drastisch gesunken.

MDO erreicht derzeit im Zuge der für 2026 vorgesehenen Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland die breite Öffentlichkeit. Während SPD-Verteidigungsminister Boris Pistorius von »Abschreckungsfähigkeit« und einem Nachholen militärischer Fähigkeiten spricht, sieht die US-Regierung darin ein »organisatorisches Herzstück« für die »nationale Sicherheit der USA«. Unter anderem in Wiesbaden soll ein entsprechender Verband stationiert werden: die »Multi-Domain Task Force« (MDTF). Auch die am 4. April vorgestellte Strukturreform der Bundeswehr baut auf dem MDO-Konzept auf und setzt auf »komplexe militärische Operationen zu Land, zu Wasser, in der Luft, im Weltraum und im Cyberraum«, d. h. dem Internet, auch dem der Dinge.

Letztere waren noch nie vom Militär trennbar. Der Begriff »Internet of Military Things« (IoMT), also das »Internet der Militärdinge«, fasst die Verschmelzung präzise und hält begrifflich fest, wie sich Drohnen, Satellitensysteme, Clouds, intelligente Waffen, autonome Systeme und »KI«-gestützte digitale Führungssysteme (Battle Management Systeme (BMS)) als Ableger aus militärischer und ziviler Forschung entwickelt haben.

Ursprünge dieses »organisatorischen Herzstücks« sind in der letzten sogenannten Revolution in Military Affairs, dem »Network Centric Warfare« (auf Deutsch in etwa »netzwerkzentrierte Kriegführung«) der späten 90er Jahre, zu finden. Diese trieb die Forschung an technologischen Innovationen zur Vernetzung von Informations- und Aufklärungssystemen voran. Der zweite Golfkrieg war das erste Testfeld für den neuen Ansatz. Zur selben Zeit wurden diese Logiken als netzwerkanalytische bzw. soziometrische Verfahren beispielsweise durch Algorithmen auch im Netz erforscht. Im Jahr 1998 versuchte Google potentielle Nutzer auszumachen, ihr zukünftiges Verhalten vorherzusagen und seiner Marktlogik entsprechend zu manipulieren.



Der Tod von oben ist immer häufiger »KI«-gestützt: Graffiti gegen die Killerdrohnen am Himmel über Jemen (Sanaa, 6.11.2013)

Neue Technologien für neue Kriege

Auf dem Schlachtfeld der Zukunft ist Hightech ein entscheidender Faktor. **Von Christian Heck**

Dank Edward Snowden und weiteren Whistleblowern wissen wir heute, wie eng und effektiv Militär, Geheimdienste und IT-Unternehmen zusammenarbeiten. Auch die Bezeichnung für diese ganz spezielle Art, Daten für den jeweiligen Zweck zu deuten, wurde im Zuge der globalen Überwachungsaffäre einem breiteren Publikum bekannt: Metadaten. Dabei handelt es sich quasi um Muster, die unter anderem im »Krieg gegen den Terror« errechnet wurden, um algorithmisch »unknown knowns« (Donald Rumsfeld) aufzuspüren, sprich »unbekannte Terroristen«, deren möglicherweise bevorstehender Anschlag bestenfalls vorbeugend verhindert werden sollte. Eine Praxis, die im militärischen Jargon als »Targeted Killing«, also »gezieltes Töten« bezeichnet wird. Sie steht repräsentativ für den Drohnenkrieg: Gezieltes Töten, das als sicherheitspolitische Farce den Glauben schürte, immer ausgefeiltere Waffensysteme, wie präzisionsgelenkte Munition, könnten Zivilisten schützen.

Das Gegenteil ist der Fall. In 20 Jahren Afghanistan-Krieg fielen Tausende Zivilisten dem Drohnenkrieg zum Opfer. Auch in Gaza wird der Welt vor Augen geführt, was »Präzision« bedeutet, wenn Schulen, Krankenhäuser, Hilfskonvois und Wohnhäuser teils flächendeckend bombardiert werden, um einzelne Hamas-Kämpfer zu töten. Dies geschieht unter anderem mittels »KI«-gestützter Systeme wie »Lavender«. Dieses wurde nach dem 7. Oktober vom israelischen Militär eingesetzt, um Kämpfer der Hamas und des Islamischen Dschihad auf Basis von Metadaten zu identifizieren

und Todeslisten zu erstellen, um daraufhin in kürzester Zeit zu entscheiden, ob ihre Wohnhäuser mit Drohnen bombardiert werden sollen oder nicht. »Lavender« setzte auf Basis von Metadaten bis zu 37.000 Palästinenser auf die algorithmisch erstellte Liste, so ein von +972 Magazine interviewter Soldat der israelischen Armee.

Wie genau die Listen erstellt wurden, steht unter Geheimhaltung. Doch auch wenn wir freien Zugang zu diesem System hätten, könnten wir die Frage nicht beantworten. Selbst in formalen Sprachen ist es derzeit nicht möglich, die inneren Verhaltensweisen von Systemen

»künstlicher Intelligenz« nachzuvollziehen, geschweige denn, sie in Alltagssprache verständlich zu erklären. Weder Verhältnismäßigkeit noch Nachvollziehbarkeit von militärischen Operationen, die auf Grundlage »KI«-gestützter Systeme durchgeführt wurden, können in Hightechkriegen gewährleistet werden. Aus friedenspolitischer Perspektive sollte man prüfen, inwieweit solche »KI«-gestützten Praxen der »gezielten Tötung« als Kriegsverbrechen betrachtet werden müssen, wie es Experten im Bereich der Informatik und unbemannten Waffensystemen unlängst gefordert haben.

Christian Heck lehrt und forscht seit 2017 an der Kunsthochschule für Medien Köln (KHM)

ANZEIGE

Sie lügen wie gedruckt.
Ihr druckt, wie sie lügen.

Danke!

jW - wir brauchen euch



BREMER FRIEDENS FORUM
Netzwerk für Soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz und Frieden
www.bremerfriedensforum.de

Mit der »Zeitenwende« verschob sich die politische Grundstimmung in Deutschland zu einer deutlichen Militarisierung nach innen wie außen. Die traditionelle Friedensbewegung befindet sich in der Defensive. Die sich im Militarisierungsdiskurs überbietenden Parteien richten ihren Fokus vielfach auf junge Menschen, die durch verschiedene Krisen belastet werden. Wachsende Kriegsgefahr, unzureichender Klimaschutz und vermehrte Unsicherheiten werden von Studien als Treiber gesehen, weshalb Jugendliche besorgt in die Zukunft blicken. Wie positioniert sich in dieser Gemengelage eine junge Friedensbewegung, bestehend aus politischen und gewerkschaftlichen Jugendverbänden sowie sozialer und Klimaschutzbewegung?

Militarisierung der Bildung – wie zuletzt in Bayern gesetzlich verankert – ist ein Kritikpunkt, der Jugendorganisationen vielfach verbindet. Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), Nachwuchsorganisation der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), kritisiert ein von Lehrermangel und Selektion geprägtes Bildungssystem und schließt sich der Kritik der Bildungsgewerkschaft GEW an, dass »Schule kein Ort zur Nachwuchsrekrutierung« ist. Kooperationsvereinbarungen zwischen Heer und Schule sollten aufgelöst werden. Auch die DGB-Jugend positionierte sich in den vergangenen Jahren gegen Jugendoffiziere an Schulen. Die Jugendorganisation der Linkspartei sprach sich in der Vergangenheit ebenfalls deutlich für eine »militärfreie Bildung« aus. Wie andere Verbände schloss sich die Linksjugend der Forderung nach einem 100-Milliarden-Sondervermögen für die Bildung an. Gegen Jugendoffiziere spricht sich auch die Grüne Jugend aus und lehnt Nachwuchswerbung an Schulen wie eine erneute Wehrpflicht strikt ab. Befürwortet werden von allen Zivilklauseln an Hochschulen, um militärische Forschung auszuschließen.

Sozialdemokratische Diskrepanz

Anders sieht es bei der SPD-Jugend, den Jusos, aus. In den Bundesbeschlüssen der Jungen Sozialdemokraten findet sich keine



Wachsen in einer verheerten Welt auf: Mann mit zwei kleinen Kindern vor einer UN-Schule für Vertriebene im Gazastreifen (Nuseirat, 16.7.2024)

Jung und gegen Krieg

Nach der »Zeitenwende«: Zum Zustand der jungen Friedensbewegung in Deutschland. **Von Fabian Linder**

Kritik an der Militarisierung der Bildung. Statt dessen wird eine veränderte Positionierung der Jusos wahrnehmbar. Betonten frühere Bundesbeschlüsse bis ins Jahr 2022 noch eine antimilitaristische Grundhaltung, so ist der Begriff Militarismus im Zuge des vorjährigen Bundeskongresses aus den Beschlüssen verschwunden. Befürwortet wird hingegen militärische Hilfe für die Ukraine, wobei angesichts der hohen Militärausgaben auch eine Stärkung der zivilen Infrastruktur gefordert wird. 2022 widmeten sich die Jusos dieser sogar in einem eigenen umfangreichen Antrag.

Dort versuchte der Verband noch einen Brückenschlag zwischen einem »ausdifferenzierten« Antimilitarismus und der »Notwendigkeit« von Waffenlieferungen. Gefordert wurde auch eine umfangreiche Reform der Bundeswehr.

Bei der Gewerkschaftsjugend des DGB setzte man sich 2021 noch stark mit Konversionsstrategien auseinander, um im Zuge einer angestrebten militärischen Abrüstung bestehende Produktionsketten für Rüstungsgüter auf zivile Güter umzustellen. Das wird auch gegenwärtig noch als relevant betrachtet und der Protest von Gewerkschaften gegen Krieg betont. Eine Resolution zum Ukraine-Krieg macht aber auf die Diskrepanz zwischen militärischer Friedenssicherung und sozialem Frieden aufmerksam. Rüstungsinvestitionen dürften nicht zu Lasten humanitärer, sozialpolitischer und Investitionen zur sozialökologischen Transformation gehen.

Deutliche Kritik an Aufrüstung

Die SDAJ sieht im Sondervermögen der Bundeswehr eine Aufrüstung, die den Sanierungsstau in vielen gesellschaftlichen Bereichen vergrößert. Als Hintergrund wird allen voran die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen seitens der Bundesrepublik und der verbündeten NATO-Staaten genannt. In diesem Rahmen sieht der Verband Sanktionen des Westens gegen andere Staaten kritisch, da auch diese für die Bevölkerung »häufig nicht weniger brutal als Kriege selbst« seien. Bei der Linksjugend sieht man sich in einer internationalistischen Tradition mit Bezug auf die historische Friedensbewegung. Konversionsstrategien, Abrüstung und eine Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung werden dafür als Argument genommen.

In einem Länderratsbeschluss der Grünen Jugend, welcher im Juli in Berlin gefasst wurde, zeigt sich eine deutliche Kritik an weiterer Aufrüstung, da diese der Sicherung nationalstaatlicher und imperialer Interessen diene. Und zwar auch auf westlicher Seite. Krieg und Militarisierung sei im Kampf um den Zugriff auf Ressourcen wesentlicher Teil eines globalen kapitalistischen Systems, was zeitgleich dazu führe,

dass Diplomatie und Friedenssicherung aus dem Blick geraten.

Die Klimaschutzbewegung zieht eine Verbindung von friedenspolitischen Fragen zum Klimaschutz. Die deutsche Sektion von »Fridays for Future« (FFF) nimmt Bezug auf das 100-Milliarden-Sondervermögen und fordert ein solches für wirksamen Klimaschutz. Nach Beginn des Ukraine-Kriegs beteiligte sich FFF an Demonstrationen für einen Frieden in der Ukraine und forderte von der Bundesregierung einen vollständigen Ausstieg aus der Nutzung der fossilen Energieträger Erdgas und Erdöl, da Klimagerechtigkeit und Frieden untrennbar miteinander verbunden seien.

Die Positionierungen zum Thema Krieg von politischen Jugendverbänden sind ein Abbild der diversen jungen Friedensbewegung. Zwar gibt es einzelne Felder wie Militarisierung und Bildung oder die Wehrpflichtdebatte, welche die politisch zum Teil sehr unterschiedlichen Jugendverbände gleichermaßen angehen. Dennoch zeigen sich auch gravierende Unterschiede, die sich insbesondere in den Jahren während des Ukraine-Kriegs zutage traten.

Fabian Linder schreibt als freier Autor regelmäßig für *junge Welt* und lebt in Bayern

ANZEIGE



Johannes Zang Kein Land in Sicht? Gaza zwischen Besatzung, Blockade und Krieg

Mosaikartig skizziert der Journalist Johannes Zang Geschichte und Gegenwart des Gazastreifens, den er selbst rund 30 Mal besuchte. Er geht Ursachen und Folgen des Massakers vom 7. Oktober 2023 und des anhaltenden Krieges nach – gewidmet jenen israelischen und palästinensischen Stimmen, die allzu lange in den Wind geschlagen wurden.

ISBN 978-3-89438-835-5 | 279 Seiten | € 19,90



Stefan Ripplinger Kunst im Krieg Kulturpolitik als Militarisierung

Ob Documenta oder Berlinale, ob Absagen von Professuren, Preisen und Ausstellungen: Zählt nur noch eine Kunst, die kanalisiert und begründet ist? Und die selbst zur Regulierung beiträgt? Eine neu justierte Kulturförderung im Zuge von Corona, die Ausgrenzung russischer Künstler, eine kulturelle Containment-Politik angesichts des Gaza-Kriegs sind hier Stichworte. Wurde die Kunst nicht einst für ihren Ungehorsam gepriesen?

ISBN 978-3-89438-836-2 | 135 Seiten | € 14,90

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de

ANZEIGE

Buchhandlung & Antiquariat

Der kleine Buchladen

im Karl-Liebknecht-Haus

In der Mitte Berlins
Weydingerstr. 14-16
10178 Berlin

www.kleinerbuchladen.de
Instagram: @kleinerbuchladen
030 / 247 246 83



Krieg als Klimakiller

Würden die weltweiten Militärbudgets für die Anpassung an den Klimawandel ausgegeben, wäre das Problem bald aus der Welt geschafft. **Von Wolfgang Pomrehn**

Militär und Krieg sind nicht nur eine Beleidigung der Vernunft und eine Tragödie für das Zusammenleben auf unserem kleinen, an Problemen nicht armen Planeten. Sie sind auch eine ungeheure Verschwendung von Ressourcen und eine gewaltige Belastung für die Umwelt. 2.443 Milliarden US-Dollar (2.219 Billionen Euro) wurden 2023 weltweit für Rüstung, Militärapparate und Kriege ausgegeben, schreibt das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) in seinem Jahresbericht 2024. Grob geschätzt wurden davon 1,3 Billionen Euro von den USA und ihren Verbündeten aufgebracht. Würde diese Summe jährlich für die Anpassung an den Klimawandel und zur Verhinderung der weiteren Erhitzung des Planeten aufgewendet, so wäre das Problem binnen weniger Jahrzehnte aus der Welt geschafft – und vermutlich zugleich auch noch Armut und Hunger.

Davon abgesehen tragen auch die Militärapparate direkt zum Problem bei, wenn auch nicht in so großem Umfang, wie manchmal angenommen. Die Bundesregierung schreibt in ihren Klimaberichten an die UNO von jährlich 282.000 bis 482.000 Tonnen CO₂-Äquivalenten für den Zeitraum 2018 bis 2020. Allerdings sind dabei nur inländische Emissionen berücksichtigt. Eine vom britischen Thinktank Common Wealth gemeinsam mit dem US-amerikanischen Climate and Community Project durchgeführte Studie kommt zu dem Ergebnis, dass das britische und das US-amerikanische Militär zwischen 2015 und 2022 rund 474 Millionen Tonnen CO₂ verursacht haben. Das wären rund 70 Prozent der deutschen Treibhausgasproduktion im Jahr 2023. Da sich die Militäremissionen aber über acht Jahre verteilen, sind sie im Vergleich also nicht exorbitant groß, aber auch nicht gerade zu vernachlässigen. Allerdings handelt es sich um eine eher vorsichtige Abschätzung, unter anderem weil nicht alle Daten zur Verfügung standen und die Emissionen der Rüstungsindustrie nicht mit einbezogen werden konnten. Für den Schaden, den eine Tonne CO₂ anrichtet, setzte die Studie 234 US-Dollar an und kommt damit zu dem Schluss, dass die USA und Großbritannien den Ländern des Südens 111 Milliarden US-Dollar (101 Milliarden Euro) an Kompensation schulden.



Der Tod lauert an Land und im Wasser: Dieses Wandgemälde stellt die Gefahren für die Zivilbevölkerung während des Bürgerkriegs von 1991 bis 2002 in Sierra Leone dar (Kailahun, 23.4.2012)

Derweil schaden Militär und Kriege nicht nur dem Klima, sondern versuchen zum Beispiel Landschaften durch Atombombenversuche, wie sie die USA auf dem Bikini-Atoll oder Frankreich in Algerien oder unter dem Mururoa-Atoll unternommen haben. Auch die zahllosen Militärstützpunkte, die vor allem die USA, aber auch Großbritannien und Frankreich in aller Welt unterhalten (zusammen sind das rund 900), sind oft mit enormen Umweltzerstörungen verbunden. In der Nachbarschaft des US-Stützpunktes Vieques auf Puerto Rico führte zum Beispiel jahrzehntelange Verschmutzung der Umwelt mit Chemikalien bei den Anwohnern zu einem Anstieg der Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen, wie die britische Zeitung *Guardian* berichtet.

Manchmal wird auch die Bevölkerung für die Stützpunkte vertrieben, so dass keiner mitbekommt, was die Militärs treiben und wo sie ihre nicht selten giftigen Abfälle lassen. So geschehen etwa auf der Insel Diego Garcia im Indischen Ozean, die Großbritannien seit den 1970ern an die USA verpachtet hat, nachdem die örtliche Bevölkerung zwangsweise umgesiedelt wurde. Auf der japanischen Insel Okinawa, wo die USA rund 30.000 Soldaten unmittelbar vor der chinesischen Küste stationiert haben, ist es nicht ganz so einfach. Dort wehrt sich die Bevölkerung schon seit mehr als zwei Jahrzehnten gegen einen neuen Stützpunkt, der unter anderem wichtige Korallenriffe zerstören würde.

Besonders schlimm sind für die Natur die Auswirkungen von heißen Kriegen. Als im Juni 2023 in der Ukraine der Kachowkadam am Dnepr gesprengt wurde – woran sich seinerzeit die Konfliktparteien gegenseitig die Schuld gaben – kam es am Unterlauf zu weitreichenden Überschwemmungen. Betroffen waren auch allerlei Fabriken, Tankstellen, Müllhalden, Kläranlagen und ähnliches, so dass sich ein wahrer Giftcocktail ergab. Ob der allerdings mit den Hinterlassenschaften der US- und NATO-Kriege auf dem Balkan und im Irak – an letzterem beteiligte sich auch die Ukraine – mithalten kann, ist fraglich. Truppen Großbritanniens und vor allem der USA verschossen dort in großem Umfang Munition verschiedenen Kalibers, die mit angereichertem Uran ummantelt war. Dies ist zwar nur relativ schwach radioaktiv, verteilt sich jedoch beim Aufprall sehr fein und kann daher eingeatmet werden. Entsprechend haben im Irak die Krebsraten nach dem Krieg zugenommen. Der katarische Sender *Al-Dschasira* berichtet, dass dortige Ärzte die Hinterlassenschaften der neuartigen Munition mit Missbildungen von Neugeborenen und einer Reihe neu auftretender Erkrankungen der inneren

Organe und des Immunsystems in Verbindung bringen.

Das alles ist jedoch nichts im Vergleich zu einem nuklearen Winter, den ein Atomkrieg auslösen könnte. Neuere Studien zeigen, dass schon ein begrenzter Schlagabtausch zwischen Indien und Pakistan die Temperaturen über weiten Teilen Eurasiens und Nordamerika für mindestens ein Jahr um zehn Grad und mehr absenken würde, mit den entsprechend katastrophalen Folgen für die Welternährung. Ein nuklearer Krieg zwischen der NATO und Russland hätte noch weitreichendere Folgen: Die großen Mengen bis in die Stratosphäre aufgewirbelten Staubs würden das Sonnenlicht so weit abschirmen, dass auch im Sommer die Temperaturen nicht über null Grad Celsius stiegen. Das würde die Erde für mehrere Jahre zu einem Eisplaneten machen.

Wolfgang Pomrehn ist Geophysiker und Journalist. Er beschäftigt sich seit über 35 Jahren mit der Klimakrise und dem Widerstand gegen eine verfehlte Energiepolitik

ANZEIGE



Köpenicker Straße 8, 10997 Berlin-Kreuzberg
Tel.: 030/6119009, Fax: 030/6175750.
Öffnungszeiten: Mo.–Fr. 14–18.30 Uhr, Sa. 10–14 Uhr

ANZEIGE



- ➔ Für eine weltweite Abrüstung!
- ➔ Für Friedensverhandlungen!
- ➔ Für Deutschlands Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag!

Jetzt Mitglied werden!
www.naturfreunde.de/mitglied-werden



Zahlreiche bewaffnete Gruppen finanzieren sich mit dem Schmuggel von Diamanten und Edelmetallen (Mbuji-Mayi, 7.4.2013)

KRIS PANNECOUCKE/HOLLANDSE HOOGTE/IMAGO

Der Treibstoff des Krieges

Die Bodenschätze des Kongo wecken die Begehrlichkeiten seiner Nachbarn und der internationalen Bergbaukonzerne. **Von Tim Krüger**

Tim Krüger schreibt regelmäßig für *junge Welt*

Die Demokratische Republik Kongo (DR Kongo) gilt als eine der instabilsten und am heftigsten umkämpften Regionen des afrikanischen Kontinents. Seit dem Einmarsch der Armeen der Nachbarländer Uganda und Ruanda in den Jahren 1996 und 1998 wird das Land von einem mehr oder weniger ununterbrochenen Konflikt heimgesucht, welcher in den vergangenen Jahrzehnten bereits das Leben von mehr als sechs Millionen Menschen gefordert hat.

Heute kämpfen unzählige Milizenverbände und Warlords um die Vormachtstellung und Einflussgebiete in dem zentralafrikanischen Land.

Allein in den östlichen Provinzen des Landes, welche derzeit das Zentrum der Auseinandersetzungen darstellen, operieren mehr als 120 verschiedene bewaffnete Organisationen. Gleich einem Flickenteppich kontrollieren die Milizen die Gebiete nahe der ugandischen und ruandischen Grenze. Den Milizen geht es dabei vor

allem um die Kontrolle der Minen und Schürfgebiete im Ostkongo. So finanziert sich ein Großteil von ihnen durch den illegalen Abbau und Schmuggel seltener Erden und anderer Bodenschätze.

Die schlagkräftigste und wohl bekannteste unter den bewaffneten Gruppen ist die im Jahre 2012 gegründete »Bewegung 23. März«. Der mehrheitlich aus der ethnischen Gruppe der Tutsi zusammengesetzte Organisation, die zumeist schlicht unter dem Namen »M23« firmiert, gelang es seit dem Beginn ihrer neuerlichen Offensive gegen die Streitkräfte der DRK, weite Teile der Provinz Nordkivu unter ihre Kontrolle zu bringen und der kongolesischen Armee schwere Verluste zuzufügen.

Die Kämpfe konzentrieren sich vor allem auf die strategisch wichtige Provinzhauptstadt Goma, welche schon 2012 für kurze Zeit unter die Kontrolle der »M23«-Miliz geraten war. Ende Juni gelangen der »M23« strategische Geländegewinne im Norden der Provinz. Die Vereinten Nationen werfen der Rebellengruppe systematische Kriegsverbrechen, Vergewaltigungen und Massenhinrichtungen vor. Laut den Zahlen des Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der UNO sollen bereits 2,8 Millionen Menschen durch die Kampfhandlungen in Nordkivu vertrieben worden sein.

Das benachbarte Ruanda gilt als der wichtigste Sponsor der Rebellengruppe. Die Regierung in Kinshasa wirft den ruandischen Streitkräften vor, die Kämpfer der »M23« mit Waffen, Geld und Ausbildung zu unterstützen. Die ruandische Regierung unter Dauerpräsident Paul Kagame hingegen bezichtigt die Armee der DR Kongo ihrerseits, die Milizen der sogenannten Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas (FDLR) in Schutz zu nehmen. Die Hutu-Milizen, deren Führer sich aktiv am Genozid an den Tutsi im Jahre 1994 betei-

ligt haben sollen, haben nach ihrem Abzug aus Ruanda im Osten der DR Kongo ein geeignetes Rückzugsgebiet gefunden.

Während sich die Kampfhandlungen in den vergangenen Jahren vor allem auf Gefechte zwischen den Regierungstruppen mit und unter den Milizen selbst beschränkt haben, hat Ruanda vor allem seit Anfang des Jahres seine Truppen im Grenzgebiet zusammengezogen und soll laut einer Untersuchung der Vereinten Nationen vom Juli mittlerweile sogar mit eigenen Truppen

ANZEIGE

Fidel:
Gegen das Unmögliche kämpfen

Schon lange wird Cuba von den USA terrorisiert und attackiert, vor allem durch einen kriminellen Wirtschaftskrieg. Daher weiß Cuba auch, was Fidel Castro feststellte und forderte: „Die Waffen, die in den Arsenalen der Mächtigen und Reichsten angehäuft sind und immer moderner werden, können zwar Analphabeten, Kranke, Arme und Hungernde töten, nicht aber Unwissenheit, Krankheit, Armut und Hunger beseitigen. Ein für alle Mal sollte gesagt werden: Die Waffen nieder!“. Dies ist angesichts der imperialistischen Aufrüstung, Expansion und Drohungen ungeheuer aktuell. Mit seinem sozialistischen Weg, seinen Erfolgen bei Gesundheit, Klimaschutz, Bildung, sozialer Sicherheit, medizinischem Internationalismus etc. verwirklicht Cuba trotz aller Probleme eine zukunftsfähige Alternative, setzt sich für Entspannung, Abrüstung und Frieden ein: ein zivilisiertes Zusammenleben. Gerade deshalb attackieren es die USA noch härter. Die Situation für Cuba ist extrem bedrohlich. Unterstützen wir Cuba mit aller Kraft!

Infos zu Cuba:
netzwerk-cuba.org

Netzwerk Cuba Informationsbüro e.V.
Weydingerstr. 14-16 · 10178 Berlin
Info@netzwerk-cuba.de
Tel. 030-240 093 38 · Spenden:
GLS Bank · BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE28 4306 0967 1206 4415 00

NETZWERK CUBA
- informationsbüro - e.V.

Solidarität mit Cuba

ANZEIGE

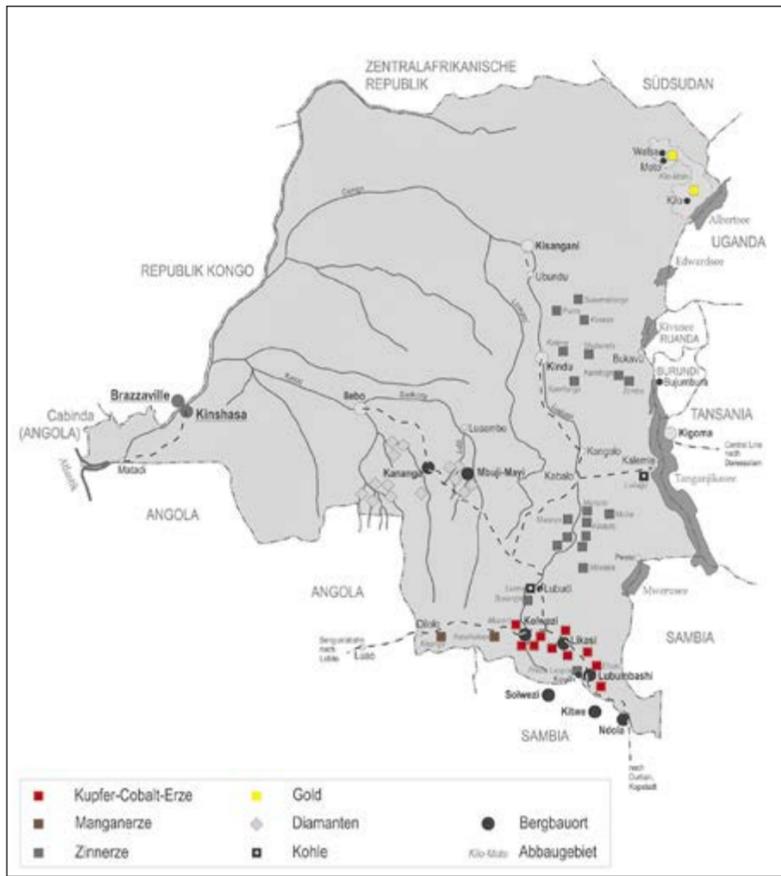
Neu bei ISP

Arne Andersen
unter Mitwirkung von Johannes Feest und Sebastian Scheerer

Apartheid in Israel – Tabu in Deutschland?

499 Seiten, farbig, Hardcover
Subskriptionspreis 24,80 Euro bis zum 31.12.2024
ISBN 978-3-89900-160-0

Neuer ISP Verlag GmbH
Tel.: (0721) 3 11 83
neuer.isp.verlag@t-online.de
www.neuerispverlag.de



Armes reiches Land: Die vielen Bodenschätze haben dem Kongo bisher kein Glück gebracht

in den umkämpften Regionen der DR Kongo präsent sein. Relativ unbeachtet von der westlichen Öffentlichkeit ließ Kigali im Februar Flugabwehrbatterien und schwere Waffen im Grenzgebiet stationieren. Ein Teil der Truppen soll dabei innerhalb der völkerrechtlich anerkannten Grenzen der Demokratischen Republik Kongo stationiert sein. Die USA riefen zur Deeskalation auf, doch die Regierung Kagames dementierte, eine Aggression gegen das Nachbarland zu planen. Bei den Truppenverschiebungen handle es sich lediglich um Verteidigungsmaßnahmen angesichts der Präsenz der FDLR im Grenzgebiet.

Ganz so defensiv, wie die Regierung in Kigali glauben lassen möchte, scheinen die Aktivitäten der ruandischen Streitkräfte allerdings nicht zu sein. So kam eine Untersuchungskommission der Vereinten Nationen in einem am 9. Juli dem UN-Sicherheitsrat vorgestellten Bericht zu dem Schluss, dass die Regierung Ruandas die Operationen der »M23« nicht nur de facto kontrolliert, sondern auch, dass nach »konservativer« Schätzung bereits jetzt zwischen 3.000 und 4.000 ruandische Soldaten auf der Seite der Rebellen im Ostkongo im Einsatz sind. Der nordöstliche Nachbar Uganda soll laut Bericht ebenfalls die »M23« unterstützen und ihnen freies Geleit durch ugandisches Territorium gewähren, obwohl ugandische Truppen seit November 2021 gemeinsam

mit der Armee der DR Kongo gegen ugandische Milizen im Grenzgebiet beider Staaten vorgehen.

Trotz des schwerwiegenden Völkerrechtsbruchs, den der Einsatz ruandischer Soldaten im Ostkongo darstellt, tun sich die USA und die EU schwer, Ruanda zurechtzuweisen und entsprechend zu sanktionieren. Die zögerliche Haltung seitens des Westens in dieser Frage dürfte auch mit dem Rohstoffreichtum der DR Kongo und der ruandischen Exportpolitik zu tun haben. Ging es den belgischen Kolonialherren im 19. und 20. Jahrhundert neben Kaschub vor allem um die Ausbeutung der kongolesischen Gold- und Diamantenvorkommen, so stehen heute auch verschiedene andere Mineralien, Metalle und seltene Erden im Fokus der Aufmerksamkeit.

So besitzt die DR Kongo geschätzte drei Millionen Tonnen an Lithiumreserven, etwa drei Prozent des weltweiten Vorkommens des mittlerweile als »weißes Gold« gehandelten Metalls. Vor dem Hintergrund der globalen Umstellung auf »grüne Energie« steigt der Bedarf an Lithium, das vor allem in der Batterieproduktion verwendet wird, ins Unstille. Laut dem United States Geological Survey (USGS), einer Behörde des US-Innenministeriums, stieg die globale Produktion allein von 2022 auf 2023 um 23 Prozent auf 180.000 Tonnen.

Im politisch etwas stabileren Süden des Landes werden im großen Stil Kupfer und Kobalt, heute vor allem in der Produktion von Elektroautos verwendet, abgebaut. Mit rund 150.000 Tonnen im Jahr 2023 stellte die DR Kongo etwa 70 Prozent der weltweiten Kobaltförderung und ist heute der drittgrößte Kupferproduzent weltweit. In den umkämpften Gebieten im Osten des Landes finden sich große Mengen Zinn, Gold und vor allem Coltan, aus dem das für Elektrogeräte benötigte Tantal gewonnen wird.

Die kongolesische Regierung sieht in der illegalen Ausbeutung der Ressourcen das entscheidende Motiv für die ruandische Aggression im Ostkongo. So erklärte der Vertreter der DR Kongo im April vor dem UN-Sicherheitsrat, die Regierung Ruandas habe durch ihre »berauschte Bessenseheit von den wertvollen strategischen Ressourcen, die sich unter der Erde befinden, jeglichen Sinn für die Vernunft verloren«. Beobachter vermuten, dass vor allem Gold und Coltan den größten Teil des Schmuggels ausmachen könnten. Laut veröffentlichten Wirtschaftsdaten erzielte Ruanda mit Gold 2022 und 2023 rund ein Drittel seiner gesamten Exporterlöse. Der Verkauf von Coltan, das in Ruanda gar nicht abgebaut wird, wurde dem US-GS zufolge im vergangenen Jahr um fast 50 Prozent gesteigert.

Der UN-Expertenbericht vom Juli spricht von einer direkten Versorgungslinie, die von den unter der Kontrolle der »M23« stehenden Minen nahe der Stadt Rubaya im Ostkongo bis nach Ruanda verläuft. Die DR Kongo ist bislang der führende Produzent von Tantal, das vor allem in der Elektrotechnik und im medizinischen Bereich Verwendung findet. Während immer offensichtlicher wird, wie Ruanda vom Rohstoffraub in der DR Kongo profitiert, hat die EU erst im Februar 2024 ein Memorandum über eine »strategische Partnerschaft für nachhaltige Rohstoffwertschöpfungsketten« mit dem ostafrikanischen Land unterzeichnet.

Die Europäische Kommission bezeichnete Ruanda als »wichtigen Akteur in der weltweiten Tantalgewinnung« und benannte auch die Produktion von Zinn, Wolfram und Niob. Ruanda habe das Potential, eine »Dreh Scheibe für die Wertschöpfung im Mineraliensektor« zu werden, so die Kommission. Der kongolesische Präsident Félix Tshisekedi verurteilte das Abkommen, als »eine geschmacklose Provokation« und erklärte angesichts der anhaltenden Kampfhandlungen, dass es scheinbar »als ob die EU stellvertretend Krieg gegen (die DR Kongo, jW) führen würde«. Die Absichtserklärung folgt den jüngsten »Rohstoffpartnerschaften« der EU mit der DR Kongo, mit Sambia, Namibia, Argentinien, Kanada, Chile, Grönland, Kasachstan und der Ukraine.

In den vergangenen Jahren finanzierte die Europäische Union zudem die ruandische Interventionstruppe in Mosambik. Angesichts des steigenden Drucks wurde die finanzielle Unterstützung der ruandischen Streitkräfte zwar vorerst eingestellt, am lukrativen Raub der kongolesischen Rohstoffe scheint man allerdings durchaus weiterhin interessiert zu sein. Berichte, wonach Ruanda hochentwickelte Waffen, Störsender, Flugabwehrsysteme und Bodentruppen in den östlichen Provinzen der DR Kongo stationiert hat sowie in den von der »M23« gehaltenen Gebieten eine Art Parallelverwaltung errichtet, lassen vermuten, dass es der ruandischen Führung darum gehen könnte, eine langfristige »Pufferzone« zwischen beiden Ländern zu errichten.

Die weltweit steigende Nachfrage und verschärfte Konkurrenz wird die Rohstoffe und seltenen Erden im Osten der DR Kongo wohl auch weiterhin zum Treibstoff des Krieges machen. Sollte die Lage weiter eskalieren, ist auch eine direkte Konfrontation zwischen Ruanda und der DR Kongo nicht auszuschließen – mit verheerenden Folgen für die Menschen dort, die nach Jahrzehnten des Horrors Frieden und Stabilität bitter nötig haben.

ANZEIGEN

Vom Keller bis zum Kinderbett: Unsere Wohnung, unser Haus, unsere Straße raketenfrei!



Es ist wieder so weit! Du und ich, wir alle - schaffen wir raketenfreie Zonen!

Sagen wir NEIN zur Stationierung neuer US-Raketen in Deutschland!

Rostocker Friedensbündnis
rostocker-friedensbuendnis@web.de

KAZ-Ausgabe 388
mit folgenden Themen:

„Verboten wollen sie ...“

Außerdem u.a.:

Reserven der Bourgeoisie – die Karten werden neu gemischt



KAZ
KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG
www.kaz-online.de

erscheint vierteljährlich
Einzelheft: 1,50 Euro
Jahresabo: 10,00 Euro

Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ)
Postfach 210446
90122 Nürnberg

Tel./Fax: 0911 / 356 913
email: gruppeKAZ@kaz-online.de

Acht Bücher erklären, wie mit dem Ziel der Eroberung + Okkupation ganz Palästinas seit 1937 Menschen- und Völkerrecht verletzt werden.

Ilan Pappé Die ethnische Säuberung Palästinas (bis zur Staatsgründung Israels 1948)
ISBN 9783864892585, 413 S., 24,00 €

Nurit Peled-Elhanan Palästina in israelischen Schulbüchern (ab Staatsgründung)
ISBN 9783981891676, 289 S., 29,90 €

Ulrich Duchrow: Religionen für Gerechtigkeit in Palästina-Israel – Band 2
ISBN 9783982553818, 258 S., 24,00 € mit den 5 Kairos-Heften

- 1 - Schrei nach Hoffnung + die Antwort der Kirchen
 - 2 - Das System der Apartheid in Israel
 - 3 - Hilfe von Kirchen in USA + Europa
 - 4 - Zionismus + die Kirchen in Deutschland
 - 5 - Gewalt gegen Palästinenser, GAZA-Krieg + Vorgeschichte
- 199 S., je 5-Hefte 15,00 €, pro Ihrer Hefte-Wahl oder pro Set Nr. 1-5

Bestellen per 06232-2890098 oder Mail an verlag@stiftung-hirschler.de oder in Ihrer Buchhandlung; jedoch nicht bei Amazon erhältlich.

WESTEND Bücher für die Wirklichkeit



Eine neue Perspektive in einer Zeit großer Not

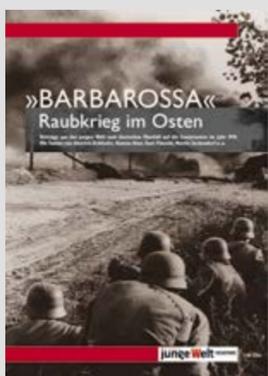
Eine erschütternde Reflexion über das Versagen der Konfliktparteien im Nahost-Konflikt, einander als gleichberechtigte Partner auf dem Weg zum Frieden zu behandeln, statt als Feinde und Völkermörder.

Raja Shehadeh, Menschenrechtsanwalt und Palästinas größter lebender Schriftsteller, zeigt auf, dass dies trotzdem nicht bedeutet, dass die beiden Nationen nicht als Partner auf dem Weg zum Frieden zusammenarbeiten können.

ISBN 978-3-86489-473-2
Klappenbroschur,
112 Seiten, 15,- €

Im freundlichen Buchhandel oder auf www.westendverlag.de

Aus dem junge Welt-Shop



»BARBAROSSA« Raubkrieg im Osten

Beiträge aus der *jungen Welt* zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Jahr 1941. Mit Texten von Dietrich Eichholtz, Hannes Heer, Kurt Pätzold, Martin Seckendorf u. a.

Verlag 8. Mai GmbH, 78 S., vierte, mit neuem Vorwort versehene Auflage, 5,80 € (zzgl. Versand)

Jetzt bestellen unter: www.jungewelt-shop.de

Erhältlich auch im *junge Welt-Laden*

Torstr. 6, 10119 Berlin • Öffnungszeiten: Mi-Fr, 13-18 • Tel.: 0 30/53 63 55 68